

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Bezugspreis:**  
 Vierteljahr 3,00 RM., monatlich 1,00 RM.,  
 wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus,  
 vorzugsweise Einzelhefte Sonntag-  
 nummern 5 Pf. Sonntagnummern  
 mit illustrierter Beilage „Die Neue  
 Welt“ 10 Pf. Postbezug: Monatlich  
 1,00 RM. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Österreich-Ungarn  
 2,00 RM., für das übrige Ausland 4 RM.  
 monatlich. Postbestellungen nehmen  
 an Dänemark, Holland, Luxemburg,  
 Schweden die Schweiz, Eingetragene  
 in die Post-Verordnungs-Verordnungen.  
 Erscheint täglich.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

**Der Anzeigenpreis**  
 beträgt 1 die stehende Spalte Kolonnen-  
 weise 50 Pf. „Kleine Anzeigen“,  
 das festgedruckte Wort 20 Pf. (zu-  
 lässig 2 festgedruckte Worte), jedes  
 weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeige  
 und Schlafstellenanzeigen das erste  
 Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf.  
 Worte über 15 Buchstaben zahlen für  
 zwei Worte. Zeitungszahlung 300%.  
 Familien-Anzeigen 50 Pf.,  
 bairische u. gewerkschaftliche Berichts-  
 anzeigen 40 Pf. die Seite. Anzeigen  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 15 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft,  
 Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, ab-  
 gegeben werden. Schlußzeit von 8 Uhr  
 früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. Freitag, den 9. November 1917. Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

# Die Revolution der Bolschewiks.

## Lösung der deutschen Krise. — Helfferich entlassen. — Payer Vizekanzler.

Gewalttame Umwälzung in Rußland, friedliche in Deutschland, das ist die Signatur des Tages. Während in Rußland die Macht der Bolschewiks durchbrach, hat in Deutschland in stillen Verhandlungen das System des Parlamentarismus einen grundsätzlichen Erfolg errungen. Wir sind fest in der Ueberzeugung, daß die Leiden des russischen Volkes nicht vergebens sein werden und daß aus der ungeheuren Wirrnis der russischen Revolution doch etwas Großes für Rußland und die ganze Welt hervorzunehmen wird. Wir wollen aber auch den politischen Fortschritt, der sich bei uns zu Lande zäh und unauffällig durchsetzt, nicht gering schätzen.

**Bolffs Bureau meldet in später Abendstunde:**  
 Berlin, 8. November. (Amlich.) Staatsminister Dr. Helfferich hat Seine Majestät den Kaiser gebeten, ihn von seiner Stellung als Stellvertreter des Reichskanzlers und Mitglied des preussischen Staatsministeriums zu entbinden. Seine Majestät hat diesem Wunsch unter Vorbehalt späterer anderweitiger Verwendung stattgegeben.  
 Berlin, 8. November. Wie wir von gutunterrichteter Seite hören, dürfte als Nachfolger des Staatssekretärs Dr. Helfferich in seiner Stellung als Vertreter des Reichskanzlers der Reichstagsabgeordnete Geheimrat Nat. Eggelen v. Payer in Frage kommen. Wie weiter verlautet, gilt die Besetzung der Stelle des Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums durch den Landtagsabgeordneten Geheimen Regierungsrat Professor Dr. Friedberg als wahrscheinlich.

Eine Eggelen wird Vizekanzler und ein Geheimrat Stellvertreter des preussischen Ministerpräsidenten. Aber die „Eggelen“ ist Vorstehender der fortschrittlichen Reichstagsfraktion und der „Geheimrat“ Vorstehender der nationalliberalen Reichstagsfraktion. Die Ernennung beider politischen Persönlichkeiten ist von der Sozialdemokratie gewünscht worden, die darin den Anfang zu einer wirklichen Parlamentarisierung des deutschen Regierungssystems erblickt und davon eine Stärkung der deutschen Friedenspolitik und eine Erleichterung der preussischen Wahlreform erwartet.

Die Sozialdemokratie ist sich der grundsätzlichen Unterschiebe, die sie von der neuen Regierung trennen, vollkommen bewußt. Sie hat darum eine persönliche Beteiligung an ihr nicht angestrebt. Und auch diese neue Regierung wird sie nur nach ihren Taten beurteilen. Sie hegt aber den lebhaften Wunsch, daß diese Taten Deutschland der Freiheit und dem Frieden näher bringen werden, und in allem, was die neue Regierung in dieser Richtung tun will, fällt ihr ganz von selbst die Unterstützung der Sozialdemokratie zu.

Die Sozialdemokratie gibt ihre Forderungen, die über das schon bekannte Programm der Regierung hinausgehen, nicht auf, hält aber dieses Programm, auf dessen loyale Durchführung sie rechnen darf, für so wichtig, daß keine Erledigung allem anderen voranzugehen mag. An ihr will sie sich, gemeinsam mit den anderen Freiheitsparteien redlich beteiligen. Aber auch spätere Kämpfe, die einmal kommen mögen, werden auf anderem Boden auszufechten werden: auf dem Boden des parlamentarischen Systems, den zu schützen eine wichtige Aufgabe der Partei sein wird.

Deutschland ist im Kriege ein anderes geworden, als es zu seinem Beginn war. Diese Entwicklung liegt jetzt klar vor unseren Augen. Hier steht jetzt ein Volk, das sich verteidigt und kämpfend auch in seinen inneren Einrichtungen fortschreitet, ein Volk, das fern von Vergewaltigungsabsichten, den Frieden sucht. Die deutsche Sozialdemokratie aber hat gewiß noch ungeheuer viel Arbeit vor sich, sie hat heute aber auch ein gutes Stück Arbeit hinter sich!

### Weitere Verzögerung der Wahlrechtsreform

Die Einbringung der Wahlrechtsvorlage, die dem Abgeordnetenhaus schon in voriger Woche zugehen sollte und deren Einbringung infolge des Wechsels des Ministerpräsidenten hinausgeschoben wurde, hat eine weitere Verzögerung erfahren. Es gewinnt fast den Anschein, als ob irgendwelche Mächte an der Arbeit sind, die ein Interesse daran haben, daß die wichtige Vorlage so spät an den Landtag gelangt, daß ihre Erledigung in der laufenden Gesetzgebungsperiode überhaupt ausgeschlossen ist. Um so mehr sollten die Wahlrechtsfreunde alles aufbieten, um diese Pläne zu verhindern zu machen. Von der neuen Regierung ist zu erwarten, daß sie diese Hindernisse beseitigt.

### Sturz der russischen Regierung.

Kerenski entflohen — Terestichenko verhaftet.

London, 7. November. Reuter erhielt ein Telegramm von der amtlichen Petersburger Telegraphenagentur, die in Händen der Maximalisten ist, in dem es heißt, daß die Maximalisten die Stadt in ihrer Gewalt haben und die Minister verhaften. Der Leiter der Bewegung Lenin verlangte sofortigen Waffenstillstand und Frieden.

Petersburg, 7. November. Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Das Vorparlament hat gegen Mitternacht in Beantwortung der Vertrauensfrage, die Kerenski gelegentlich seiner Rede über das Vorgehen des Dzeres der Maximalisten stellte, mit 123 gegen 102 Stimmen, bei 26 Stimmenthaltungen, eine Entschlieung angenommen, in der die sofortige Bildung eines öffentlichen Wahlschlichtungsausschusses gefordert wird, den Agrarschlichtungsausschuss Land zu übergeben und die russische Diplomatie zu entscheidenden Schritten zu veranlassen, damit die Alliierten sich über die Friedensbedingungen aussprechen und Friedensunterhandlungen einleiten.

Im Laufe der Nacht und heute früh verschärfte sich der Streitfall zwischen der Regierung und dem Arbeiter- und Soldatenrat noch weiter. Das Vorgehen der Maximalisten entwickelte sich ziemlich schnell. Der Telegraph ist bereits in ihre Hände übergegangen.

Petersburg, 7. November. (Reuter.) Eine Abteilung Marinesoldaten unter dem Befehle des revolutionären Ausschusses der Maximalisten besetzte die Geschäftsräume der amtlichen Petersburger Telegraphen-Agentur, die Telegraphenzentrale, die Staatsbank und das Marineministerium, wo der Rat der Republik tagt, dessen Sitzungen angeht die Lage aufgehoben wurden. Bis jetzt wurden keine Unruhen gemeldet, mit Ausnahme einiger Fälle von Apasentum. Der Verkehr und das Leben in der Stadt sind normal.

Der Rat der Republik tagt im Marienpalais, dem Tagungsort des alten Reichsrates. Offenbar ist die Bezeichnung „Marineministerium“ im obigen Telegramm auf einen Druckfehler zurückzuführen, denn gerade im Marineministerium hat der bolschewistische Zentralausschuss seinen ständigen Sitz.

### Aufruf an die Armees.

Wien, 8. November. Aus dem Kriegspressquartier wird gemeldet: Unsere Radiostationen im Nordosten haben heute folgenden verstümmelten Funkpruch aufgenommen, der von Petersburg an alle Armeen gesandt wurde:

### Aufruf des kriegsrevolutionären Komitees.

(In offener Sprache; der Anfang der Rede fehlt.)

Die politischen Gefangenen werden unverzüglich befreit. Die ehemaligen Minister Kosnowow, Kischin, Terestichenko, Maljantowitsch, Militin usw. wurden von dem revolutionären Komitee ins Gefängnis gesetzt. Kerenski ist entflohen. Es wird allen Armeekorpsorganisationen anbefohlen, Maßnahmen zu treffen, um Kerenski sofort zu verhaften und ihn nach Petersburg anzuliefern. Jede Hilfe zugunsten Kerenski wird als schweres Staatsverbrechen bestraft werden. In Petersburg hat die Arbeiter- und Soldatenrevolution gesiegt.

Der altrussische Kongreß der Arbeiter- und Soldaten-deputierten drückt die Hoffnung aus, daß auf den Eisenbahnen die Ordnung aufrechterhalten bleibe und der Betrieb nicht eine Minute lang unterbrochen werde.

### Die letzten Beschlüsse der Vorläufigen Regierung.

Kopenhagen, 8. November. Einem Petersburger Telegramm zufolge wurde der Chef der diplomatischen Kanzlei bei Kerenski, Fürst Trubekoi, zum Vizekanzler in Rom ernannt. Der bisherige Generalsekretär der Reichsamt in Rom, von Giers, wurde zum Vizekanzler in London ernannt. Die Vorläufige Regierung hat nun endgültig beschlossen, sich auf der Pariser Alliiertenkonferenz durch die Minister Terestichenko und Protopowitsch sowie durch General Jakowlew vertreten zu lassen.

### Diktatur des Proletariats.

Von N. Grigorjanz.

Das Ereignis, das in den letzten Wochen allgemein erwartet wurde, ist eingetreten: die Extremen der beiden sozialistischen Parteien, der Bolschewiki-Flügel der Sozialdemokratie und der linke Teil der Sozialisten-Revolutionäre, der mit den Bolschewiki zusammengedrängt, bemächtigt sich der Regierungsgewalt in der Hauptstadt und sie proklamieren nunmehr die Diktatur des Proletariats und „der ärmeren Bauernschaft“, wie die bolschewistische Formel lautet. Nach acht Monaten der Herrschaft der Revolution, reißt ein Teil der revolutionären Demokratie die Macht an sich, da nach Ansicht dieses Teils alle anderen revolutionären Faktoren der Sache der Revolution untreu geworden seien.

Die Lage ist also gegenwärtig die: Der linke Flügel der revolutionären Demokratie tritt nicht nur gegen die Reaktion, nicht nur gegen das gesamte Bürgertum, sondern auch gegen alle anderen sozialistischen Parteien und Richtungen auf und legt ihnen entsetzlichen Kampf an. Welche Kräfte wirken dabei mit, welche Ziele werden verfolgt, wie steht es mit ihren Ansichten?

Die Bolschewiki (von der bürgerlichen Presse und den ausländischen Korrespondenten „Maximalisten“ genannt) sind die eine der zwei Hälften (die Mehrheit), in die sich die russische Sozialdemokratie seit ihrem Parteitag 1903 gespalten hatte. Sie vertrat, entgegen der anderen Hälfte der Partei — den Menschewiki oder Minimalisten — eine Politik, die zwar viel von dem Willen der Massen sprach, aber der Initiative von Gruppen, geheimen Verbindungen, der Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes ausschlaggebende Bedeutung beilegte. Während die Menschewiki in ihrer Taktik die marxistische Methode der Organisation und Aufklärung der Massen verfolgten, waren die Bolschewiki nichts anderes als die Blanquisten noch russischer Art, wie dies Trozki früher zu wiederholten Malen so überzeugend nachgewiesen hat. Im Kriege gab es auch bei den Bolschewiki Spaltungen, in denen die Haupttendenz blieb bei ihnen die alte. Lenin und seine Gefinnungsgenossen stellten die These auf, daß die Niederlage Rußlands im Kriege das kleinere Übel sein würde, daß Rußland überhaupt in seine Bestandteile zerfallen müsse und daß vor allem — das forderte er nicht nur von den russischen Arbeitern — der Bürgerkrieg einzusetzen habe. Durch den Bürgerkrieg sollte der imperialistische Krieg zusammenbrechen und dem Siegeszug des Sozialismus die Bahn eröffnet werden.

Die Petersburger Arbeiterschaft war stets in ihrer Mehrzahl bolschewistisch, indem sie den in jeder Situation entschlosseneren und weitergehenden Lösungen der Bolschewiki-Gefolgschaft leistete, was ja im Hinblick auf die Lage in Rußland erklärlich war. Es war dagegen zunächst weniger erklärlich, daß nach dem Siege der Revolution die berufene Vertretung der Petersburger Arbeiterschaft, der Arbeiter- und Soldatenrat, in ihrer Mehrheit anti-bolschewistisch wurde. Zum Teil läßt sich dieser Umstand auf die Einwirkung der bäuerlich-soldatischen Vertreter zurückführen. Auch der Kongreß aller Arbeiterräte Rußlands hat sich gegen die bolschewistische Richtung ausgesprochen und einen Zentralausschuß gewählt, der in der Hauptsache aus den Menschewiki und Sozialisten-Revolutionären bestand. Der Einfluß der Bolschewiki schien auf ein Mindestmaß zurückgedrängt worden zu sein.

Indessen, ihre zielbewusste Politik half ihnen desto weiter. Ihre Kriegspolitik verlangt sofortige Friedensabhandlung, offene Abgabe an die Kriegsziele der Entente, Aufforderung an das Proletariat aller Länder, über die Köpfe ihrer Regierungen hinweg, Frieden zu schließen und den Sozialismus herzustellen. So lautet die Theorie. Die Massen des russischen Volkes und der russischen Armeen sind jedoch in Theorien wenig bewandert. Aus dem ganzen Wortschatz des Bolschewismus wird daher das Wort **Friede** entgegengenommen, und dieses Wort übt auf die Massen ihre magische Wirkung aus. Allenthalben sehen wir in letzter Zeit den Siegeszug der Bolschewiki, der parallel ging mit der zunehmenden Passivität und Revolutionsmüdigkeit breiterer Massen und der steigenden Unordnung im Staatsleben.

Das Auftreten der Bolschewiki mit ihrer Forderung, „die ganze Nacht — den Sowjet!“ die Arbeiterräte sollen die Staatsgewalt in die Hand nehmen, wurde immer aggressiver. Währenddessen erreichte der wirtschaftliche Verfall Rußlands eine Höhe, die nicht mehr erträglich ist. Der Zentralausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte, in Uebereinstimmung mit der gesamten Demokratie, entschied sich dafür, eine provisorische Volksvertretung zu bilden, um

der Regierung zu helfen, das Land über die entscheidende Zeit hinwegzubringen. Auch das Bürgertum willigte schließlich ein, und so sah es, daß das Land endlich ein Provisorium erhalten sollte, das einige Dauer versprach und für die Konstituante erspriechliche Vorarbeit leisten konnte. Dieser Lösung der Krise setzten die Bolschewiki ihren Widerstand entgegen und sie verließen die erste Sitzung des Vorparlamentes unter Protest. Ihr Protest fuhte darauf, daß die Uebernahme der Staatsgewalt durch die Sowjets — die Diktatur des Proletariats, der einzige Ausweg aus dem Wirrwarr sei.

In dieser Auffassung stehen die Bolschewiki so ziemlich allein. Nur der ganz linke Flügel der Partei des Agrar-Sozialismus — der Sozialisten-Revolutionäre — geht mit ihnen. Der größte Teil des russischen Sozialismus, der Sozialdemokratie, der Sozialisten-Revolutionäre, die Partei der Volkssozialisten u. a. stehen entschieden auf dem Boden der Koalition mit den Bürgerlichen. Sie erklären, daß die Kräfte der Demokratie allein nicht ausreichen würden, um die an sie herangetretenen Aufgaben zu bewältigen. Sie erklären es für eine Utopie, in einem so zurückgebliebenen Staate wie Rußland, die bürgerlichen Elemente von der Regierungsgewalt ausschalten zu können. Die zweite Lösung vertreten die „Internationalisten“, die aus den Menschewiki und einigen Bolschewiki bestehende Gruppe der „Zimmerwälder Linken“, deren markantes Organ die Vorläufer „Nowaja Schinij“ ist. Diese Richtung bekämpfte ebenfalls den Bolschewismus und forderte die Uebernahme der Staatsgewalt durch eine Koalition der Demokratie, mit Ausschluß der Kadetten und der anderen bürgerlichen Parteien. Sie war der Ansicht, daß die Macht der Arbeiterklasse und ihrer Vertretung, der Sowjets, zu gering sei, gemessen an den riesigen Aufgaben, die der Lösung harren, und an den Kräften des Widerstandes, die ihr entgegenzusetzen werden, wenn sie zur Macht gelangen würde. Sie redete das Wort der Vereinigung der Anstrengungen der gesamten Demokratie, also der Arbeiter, der Bauern, der Soldaten, der Berufsgruppen, der Intelligenz, der Genossenschaften u. a. m.

Ueber die Aussichten, die eine bolschewistische Regierung haben würde, hat sich vor kurzem „Nowaja Schinij“ in einem bemerkenswerten Artikel geäußert. Unter Berufung auf eine Reihe von Auffäßen Lenins in dem Petersburger „Koboltschi Buti“ stellt der bekannte sozialdemokratische Schriftsteller W. Bazarow fest, daß Lenin gegen alle Reformpläne scharf protestiert. Lenin will keine Aenderung, sondern Abschaffung der Zentralregierung, denn jede Zentralisation sei mit Bürokratismus gleichbedeutend. Die Ministerien und andere Zentralverwaltungen müssen abgeschafft werden. Die Arbeiterräte — das ist die Regierung, das sind die Regierungen. Keine komplizierten Gesetze! Sondern: Kontrolle der gesamten Produktion durch die Arbeiterräte, Verteilung der Produkte durch die Räte und Organisation eines regelrechten Waren- und Getreidetausches. Sollte dieses Programm konsequent durchgeführt werden können, so würde das in unserer Zeit der komplizierten kapitalistischen Wirtschaft in wenigen Tagen zu Verwicklungen führen, die mehr als verhängnisvoll sein würden. Zu diesem Schluß gelangt auch Bazarow in seiner Betrachtung. Aber er sagt: „Wäge die Zentrale in der Hauptstadt heißen wie sie wolle — Ministerium oder anderswie — sie werde schon in den ersten Tagen ihres Bestehens durch Telegramme von den örtlichen Sowjets bestürzt werden, die die Herstellung einer Ordnung in der schrecklichen Anarchie verlangen würden.“ Der Artikel der „Nowaja Schinij“ faßt seine Betrachtungen über dieses Thema so zusammen: „Es bestehen daher die ernstesten Gründe für die Befürchtung, daß der Augenblick des Triumphes der Bolschewiki der Anfang vom Ende des Bolschewismus und damit auch der Anfang vom Ende der Revolution sein wird.“

Viele Probedeigungen haben sich gerade in diesem Kriege tatsächlich als falsch erwiesen. Die nächste Zukunft wird uns zeigen, welchen Weg die Bolschewiki betreten werden, um ihre besonderen Anschauungen zur Verwirklichung zu bringen.

**Rothschrift der Redaktion.** Die deutsche Sozialdemokratie hat für ihr eigenes Land die Anwendung bolschewistischer Methoden niemals gewünscht, und damit war für sie als internationale sozialistische Partei auch ihre Stellung zu den Bolschewiki Rußlands gegeben. Den Bolschewismus in Deutschland bekämpfen und ihn für Rußland empfehlen, das hieß in Praxis eine imperialistische Politik treiben, was die deutsche Sozialdemokratie stets abgelehnt hat. In Uebereinstimmung mit den Bolschewiki befindet sie

sich dagegen, was das sozialistische Endziel und die Ablehnung jeder Annexionspolitik anlangt. Und da trifft es sich gut, daß in demselben Augenblick, in dem die deutsche Sozialdemokratie die Gefahr einer Eroberungspolitik im Osten entschieden bekämpft, in Rußland eine sozialistische Partei ans Ruder gelangt, die den Frieden höher schätzt als die Erhaltung des bisherigen russischen Reichsgebietes. Es ergibt sich also ein Bild, wie es die Welt noch nie gesehen hat: Während sonst im Kriege die Völker um die politische Beherrschung des Bodens kämpfen, will sich hier ein Volk auf den Besitz eines Landes nicht versteifen, während doch andere Völker dieses Land gar nicht nehmen will. Damit scheint die Möglichkeit einer Lösung nahegerückt, die uns stets als die ideale vorgezeichnet hat: Rußland und die Mittelmächte können dahin übereinkommen, für die Bevölkerung der russischen Westprovinzen das nationale Selbstbestimmungsrecht anzuerkennen und sie selbst über ihr zukünftiges Schicksal entscheiden zu lassen.

Voraussetzung für diese Lösung ist, daß die deutsche Sozialdemokratie stark genug ist, sie durchzusetzen, und daß die Bolschewiki in Rußland am Ruder bleiben. Vielleicht nähert sich eine Stunde, die für Europa entscheidend ist, eine Stunde, in der durch kluge Mäßigung alles gewonnen, aber durch Herrübermut und Eroberungslust alles verdorben werden kann. In diesem Sinne empfiehlt sich für die deutsche Sozialdemokratie heute mehr denn je eine Politik wachsender Bereitschaft.

### Trozkis Erklärung im Vorparlament.

In der ersten Sitzung des Vorparlamentes am 20. Oktober hat Trozki namens der bolschewistischen Partei eine programmatische Erklärung abgegeben, die unter den gegenwärtigen Umständen besonderes Interesse verdient. Wie der in Stockholm erscheinende bolschewistische „Bote der russischen Revolution“ mitteilt, erhob Trozki die schwersten Anklagen gegen die Regierung, die ihre Unverantwortlichkeit geteilt und formell proklamiert habe. Die Kritik der Regierung laufe darauf hinaus, den Zusammentritt der Konstituierenden Versammlung zu verhindern. Trozki fuhr dann fort:

Nicht weniger verbrochen ist die äußere Politik der Bourgeoisie und ihrer Regierung. Nach 40 Monaten des Krieges droht der Hauptstadt die tödliche Gefahr. Der Gebanke

den Deutschen die Hauptstadt zu übergeben, ruft keine Empörung bei der Bourgeoisie hervor. (Unruhe und Proteste.)

Angefaßt dieser Gefahr wird der Plan der Ueberlieferung der Regierung nach Moskau ausgedacht und statt zugegeben, daß die Rettung des Landes nur in der Beschleunigung des Krieges liegt, statt über die Köpfe aller imperialistischen Regierungen und diplomatischen Kanäle offen allen dank dem Kriege verblutenden Völkern den

### Vorschlag des sofortigen Friedens

zu werfen und auf diese Weise die Weiterführung des Krieges faktisch unmöglich zu machen, statt alles dessen schleppt die Provisorische Regierung auf Befehl der konterrevolutionären Kadetten und der alliierten Imperialisten, ohne Sinn, ohne Ziel, ohne Plan die Bürde des Krieges weiter. Liefert neue hunderttausende Soldaten und Matrosen dem zwecklosen Verderben aus, bereitet die Uebergabe Petrograds und den Untergang der Revolution, und während die Matrosen und Soldaten-Volschewiki, zusammen mit anderen Soldaten und Matrosen infolge fremder Fehler und Verbrechen umkommen, verfolgt der sogenannte Kriegsoberbefehlshaber die bolschewistische Presse.

Wir, die Fraktion der Bolschewiki erklären: mit dieser Regierung des Volschewerrates (lebhafter Unruhe rechts und im Zentrum. Ruf: Schurke!), mit diesem Räte des konterrevolutionären Hebertums... (Unruhe, Rufe: Wau! Nieder!) — Der Vorsitzende: Ich erlaube dem Redner einen Ordnungsruf und bitte die Versammlung die Deklaration ruhig anzuhören.

Trozki fährt fort... haben wir nichts gemeinsames — wir haben nichts zu tun mit dieser für das Volk verderblichen Arbeit, die hinter den Kulissen geleistet wird. Die Revolution ist in Gefahr. Indem wir den Provisorischen Rat verlassen (Unruhe im Zentrum), fordern wir alle Arbeiter, Soldaten und Bauern Rußlands zur Wachsamkeit und Mut auf. (Rufe: die Deutschen, nicht Rußen!) Petrograd ist in Gefahr — die Revolution und das Volk sind in Gefahr. Die Regierung feigert diese Gefahr und die herrschenden Klassen helfen ihr dabei. Nur das Volk selbst kann sich und das Land retten. Wir wenden uns an das Volk:

mitgewirkt haben, als sich Adolf Wagner vor wenigen Wochen für die Angliederung Aurlands und Livlands an Deutschland aussprach. Nach kurzer Lehrtätigkeit an der Preussener-Hochschule wurde er nach Berlin berufen, wo er eine schriftstellerische Tätigkeit von erstaufläglichem Umfange entwickelte. Hunderte und Tausende von Hörern um seinen Katheder und sich bildeten mit seinem ganzen leidenschaftlichen Temperament ins politische Leben warf, wobei er öfters seine Kampfgefährten wechselte, ohne doch die von ihm gewählte Grundlinie zu verlassen.

In scharfem Gegensatz zum wirtschaftlichen Liberalismus schrieb er dem Staat die Pflicht zu, durch Sozial- und Steuererhebung die Härten der freien, von ausschließlichem Erwerbsgeist beherrschten Wirtschaft zu mildern. Er gehörte zu den Mitbegründern des Vereins für Sozialpolitik, verteidigte begeistert Wismars Sozial-, Handels- und Steuererhebung und schloß sich der von Ad. Stöcker begründeten christlich-sozialen Partei an, deren zweiter Präsident er bis zum Jahre 1898 blieb. Kurze Zeit — von 1892 bis 1895 — war er Mitglied des Preussischen Abgeordnetenhauses; er gehörte dort der konservativen Fraktion an.

Mit seinen ehemaligen Freunden kam Ad. Wagner in scharfem Gegensatz, als die konservativen Partei die Ausdehnung der Reichs-erbschaftsteuer auf die direkten Abkömmlinge ablehnte und sich ganz von engherzigem Nannomismus beherrscht zeigte. Das ging dem Sozial- und Steuerreformer Ad. Wagner — sein Hauptwerk ist die umfassende „Finanzwissenschaft“ — so wider den Strich, daß er in Wort und Schrift für die scharfe Besteuerung der glücklichen Erben eintrat.

Man kann sich keinen schärferen Gegensatz denken als den zwischen den beiden berühmten alten Lehrern der Nationalökonomie an der Berliner Universität, die nun beide hinübergegangen sind: Schmoller und Wagner. Beide waren sogenannte „Kathedersozialisten“ und verbunden ihre sozialpolitischen Bestrebun-

gen mit einer stark national betonten Politik. Während aber Schmoller als Lehrer und Redner eine objektive Leidenschaftslosigkeit liebte, und gemohnt war, in langen Ausführungen alle Vor- und Nachteile einer Sache abzuwägen, war Adolf Wagner ganz Subjektivität, ganz Partei, ganz sprudelndes Temperament. Das vertrieb ihm bis ins hohe Alter hinein etwas Jugendfrische, das die Hörer anzog, und wenn man sagen kann, daß Schmoller niemals jung war, so kann man von Adolf Wagner behaupten, daß er niemals alt gewesen ist.

In dieser temperamentvollen Frische ähnelte er unserem Deibel, mit dem er sich einmal zur Zeit der Plattenkämpfe öffentlich maß, den er aber als Redner nicht erreichte. Indes, kam Adolf Wagner in eine politische Versammlung, so konnte man sicher sein, daß ihn der Schwarm seiner studentischen Anhänger begleitete und gleich bei seinem Auftreten mit Beifallsstürmen begrüßte würde. Ein Mann, der als Lehrer solche Verehrung genoss, mußte, wie immer man sich zu seinen politischen Auffassungen stellte, seine guten Eigenschaften haben.

Wenn Adolf Wagner schon in Friedenszeiten die Auffassung vertrat, daß die Rüstungsausgaben im höchsten Sinn produktiv seien und daß hinter den Erfordernissen der Landesverteidigung alles andere — auch die Interessen des Volkes — zurücktreten müßten, so sprach aus ihm ebensolche Ueberzeugung, die er nach rechts wie nach links vertrat. Und so geschah es dem hochbetagten Geheimrat und Herrenhausmitglied, der sich selbst zu den Konservativen rechnete, daß er zur Zeit des Kampfes um die Erbschaftsteuer von einer konservativen Versammlung, den Wirtschafts- und Steuerreformern, niedergebrien und niedergebriht wurde, weil er sich auch denen gegenüber kein Blatt vor den Mund nahm, die sich nach ihrem eigenen Ausdruck vor das Portemonnaie der Besitzenden schüßend gestellt hatten.

Auch Sozialdemokraten sind durch Wagners Schule gegangen. Er hat sie in ihren Ueberzeugungen nicht irre gemacht, aber sie sind ihm dankbare Schüler geblieben, sowie er ihnen ein wohlwollender Lehrer gewesen ist.

Es lebe der sofortige christliche, demokratische Frieden. Die ganze Macht den Sowjets. Der ganze Grund und Boden den Bauern! Es lebe die konstituierende Versammlung!

Nach Abgabe dieser Erklärung, der sich die Delegierten der zweiten Armee und der Eisenbahnen, der lettischen und der russisch-polnischen Sozialdemokraten angeschlossen hatten, verließen die Bolschewiki den Saal.

In derselben Nummer des „Boten“, der vom 3. November, befindet sich ein Leitartikel von Lenin: „Die Krise nach der Lösung“. Lenin prophezeit darin den Bauernaufstand und erklärt: „Daß wir (Bolschewiki) zusammen mit den linken Sozialrevolutionären die Mehrheit in den Sowjets, in der Armee und im Lande haben, unterliegt keinem Zweifel.“

### Die neuen Männer.

Lenin, dessen bürgerlicher Name Wladimir Iljnow ist, ist der freieren Offenheit seit dem 2. Parteitag der russischen Sozialdemokratie, der im Jahre 1903 in Brüssel und in der Schweiz abgehalten wurde, bekannt. Er ist nicht ganz 50 Jahre alt. Auch als volkswirtschaftlicher Schriftsteller ist er bekannt. Noch vor der ersten Revolution hat er neben mehreren Artikeln volkswirtschaftlichen Inhalts, die er in der legalen Presse veröffentlichte, unter dem Pseudonym Wladimir Iljin ein umfangreiches Buch über Rußlands Wirtschaft herausgegeben. Im politischen Leben tritt er äußerst energisch und rücksichtslos auf. Schon auf dem erwähnten Parteitag war er der Vorführer der Richtung, die später bolschewistisch benannt wurde. In allen Phasen des Parteistretes trat er für eine vollständige Spaltung und Trennung von den „Opportunisten“ ein. Vor 13—14 Jahren lebte er in Deutschland, in München. In der ersten Revolution kam er nach Rußland zurück, mußte aber später wieder die Heimat verlassen. Er lebte die letzten Jahre vor dem Kriege in Krasnau, von wo aus er die damals entstandene bolschewistische Zeitung in Petersburg mit seinen Aufsätzen presste. Beim Kriegsbeginn wurde er von den österreichischen Behörden verhaftet, aber nach kurzer Zeit aus der Haft entlassen, und er erhielt, dank der Mitwirkung des Genossen Victor Adler, gleich danach die Erlaubnis zur Ausreise in die Schweiz. In der Schweiz hielt er sich dann auf, bis die Revolution ihm die Möglichkeit der Rückkehr eröffnete. Wegen angeblicher Verbindung mit dem Feinde wurde dann eine Anklage gegen ihn erhoben, der er sich aber zu entziehen wußte.

Leo Trozki, dessen bürgerlicher Name Leo Bronstein ist, stammt aus Nikolajew (Süd-Rußland) und steht im Alter von etwa 37 Jahren. Schon als Neunjähriger wurde er wegen seiner Betätigung in der Arbeiterbewegung nach Sibirien verbannt. Von dort entfloß er und lebte dann lange im Auslande. Er war früher Menschewik, später sonderte er sich von diesen ab und marchiert jetzt mit den Bolschewiki. Im November-Dezember 1905 war er Vorsitzender des Petersburger Arbeiterrates. Jetzt steht er ebenfalls an der Spitze des Petersburger Sowjet. In Deutschland ist sein Buch über die „Russische Revolution“ (1906/1906), erschienen im Parteiverlage bei Baden u. Co., bekannt. Die letzten Jahre vor dem Kriege lebte er in Wien. Der Krieg traf ihn in Amerika an. Auf der Rückreise nach Rußland wurde er von den Engländern in Halifax zurückgehalten, später aber auf Vorstellungen des Sowjet freigelassen.

Sinowjew, Lenins rechte Hand, junger Schriftsteller, der sich besonders in der Bekämpfung des Opportunismus in den Reihen der Sozialdemokratie betätigt. Er lebte früher gleich Lenin in Krasnau und arbeitete von dort aus an dem Petersburger Bolschewistenblatt. Seine äußeren Erlebnisse gleichen seitdem denen Lenins restlos.

### Die New Yorker Bürgermeisterwahl.

**Eine Niederlage Wilsons.**  
In New York ist der bisherige Bürgermeister D. W. Mitchell, der Kandidat der Kriegstreiber, nicht wiedergewählt worden. Gewählt wurde Hyman. Mitchell war Wilsons Kandidat und wurde von dessen Presse als der „amerikanische Kandidat“ gefeiert, während Hyman als schlechter Patriot, Deutscher- und Jernfreund hingestellt wurde. Seine Wahl ist eine Abjage an die Kriegspartei.

### Die Kämpfe bei Gaza.

**Konstantinopel, 7. November. Generalstabsbericht.**  
Sinaitront. Im Gaza-Abchnitt und an der Küste brachen wiederholte Angriffe des Gegners unter blutigen Verlusten zusammen. Zwei englische Infanteriedivisionen und zwei Kavalleriedivisionen, welche an unserem linken Flügel vorbeimarschierte, trafen auf unseren Gegenangriff und wurden aufgehalten.





Zwischen Tagliamento und Piave.

Die weite oberitalienische Ebene, die die Flüsse des Landes in der Arbeit von Jahrzehntausenden durch Ausfüllung langsam abgerungen haben. Noch immer führen sie den Steinschutt der Alpen zu Tale, schieben das Land gegen das Meer vor, ziehen sich als tief gefurchte, den größten Teil des Jahres nahezu trockene Geröllebetten durch das von ihnen geschaffene Land.

Den beiden Straßen, die schon seit vielen Jahrhunderten das Gebiet durchqueren, folgt heute auch die Eisenbahn. Die südlichere davon ist die, die von Venedig und Treviso nach Montebelluna und Görz führt. Es ist die einsamere der beiden Straßen; doch ist die Geschichte auch diesen Weg geworden. Umwelt südlich von Portogruaro, dem bedeutendsten Eisenbahnhauptplatz und Knotenpunkte dieser Linie, liegt ein kümmerliches Dorf, das den Namen Concordia trägt.

Die beiden Straßen, die schon seit vielen Jahrhunderten das Gebiet durchqueren, folgt heute auch die Eisenbahn. Die südlichere davon ist die, die von Venedig und Treviso nach Montebelluna und Görz führt. Es ist die einsamere der beiden Straßen; doch ist die Geschichte auch diesen Weg geworden. Umwelt südlich von Portogruaro, dem bedeutendsten Eisenbahnhauptplatz und Knotenpunkte dieser Linie, liegt ein kümmerliches Dorf, das den Namen Concordia trägt. Es ist eine alte römische Gründung, die einst Julia Concordia hieß und ihre Bedeutung hatte, später auch der Sitz eines Bischofs wurde. Aber Vitia, der Hunnenkönig, kam hier des Weges und zerstörte die Siedlung. Der Bischof verlegte seinen Sitz nach Portogruaro, wo man nun in einem kleinen Museum altertümliche Überreste aus Concordia studieren kann.

Umgleich belebter, anziehender und erinnerungsreicher ist die Nordlinie, die alte wichtige Völker- und Heeresstraße zwischen Verona und Udine. Gleich wenn auf langer Bitterbrücke von Concordia bis darüber nach Casaria der Tagliamento überschritten ist, sieht man sich in einem wohlgebauten, gut gepflegten Lande mit zahlreichen behabigen Ansiedlungen. Nicht lange, so ist Portogruaro erreicht, eine freundliche Landstadt, die aber an geschichtlichen und künstlerischen Erinnerungen keineswegs arm ist. In künstlerischer Beziehung hat der hier wohnende Volksschlag sich immer schaffenskräftig erwiesen; Fondenone ist so wie Conegliano sind durch Meister berühmt geworden, die hier das Licht der Welt erblickt haben. Da Fondenone gerade mittweg zwischen den Alpen und dem Meere liegt, so hat es sich zu einem blühenden kleinen Handelsmittelpunkte entwickelt. An Getreide, Wein, Vieh, Seide wird hier ein recht lebhafter Umsatz getrieben; auch allerlei Industrien haben sich in Fondenone angeeignet. Noch erinnert die Stadt an ein römisches Soldatenlager; sie stellt ein unregelmäßiges, großenteils noch von Mauern umgebenes Viertel dar, das in seiner ganzen Breite durch die Hauptstraßen geteilt und so in vier Stadtviertel zerlegt wird.

Eine fruchtbare, nahrhafte Gegend ist es, die die Straße hier durchzieht. Nun erreicht sie die Livenza, deren Brückenkopf von je die Stadt Sacile gewesen ist. Sie hat dadurch eine gewisse Wichtigkeit erlangt, und schon 1160 hat ihr der Patriarch Gottfried von Aquileja die Stadtfreiheit verliehen. Noch zeugen Mauern und Gräben davon, daß die Bewohner von Sacile sich vielfach ihrer Haut zu wehren hatten. Das Städtchen überragt durch seine schöne Piazza, die von Säulenhallen und stattlichen Bauten des 15. Jahrhunderts umgeben ist.

Aber den Mittelpunkt des ganzen Landes bildet doch Conegliano, die Heimat des Meisters Cima, die weiter westlich, schon in der Provinz Treviso, gelegen ist und an Einwohnerzahl und Bedeutung hinter Fondenone zurücksteht. Von einem schon bewaldeten Hügel, an dessen Fuß sich die Unterstadt schmiegt, schauen die Kirche, die Paläste von Conegliano weit über die freundliche Ebene dahin. Berühmt ist die gute Luft, die guten Weine der Stadt, und es ist eine hübsche Stadt mit freundlichen Straßen und stattlichen Gebäuden, die da zwischen Bergen und der Ebene sich so anmutig lagert.

Unter den Kriegslisten, die im Bereiche der Natur geübt werden und schon erkoren waren, ehe es noch die einfachsten menschlichen Listen gab, ist eine der sonderbarsten jene Insektenlist, die man nach den Ausführungen Wilhelm Völckers in der Zeitschrift „Ueber Land und Meer“ „Lebendige Orchideen“ nennen könnte. Von den echten Orchideen wird wegen ihres phantastischen, häufig geradezu dämonischen und an verchiedene Tierformen gemahnen Aussehens häufig behauptet, daß sie Dampfe im Pflanzentriebe fassen, mit gebieterischen Tönen besetzt. Dies ist aber keineswegs der Fall, die Orchideen sind nicht einmal insektenfressende Pflanzen, ihre oft ungläublichen Formen und Farben dienen vielmehr lediglich der Fortpflanzung. Die Insekten legen sich auf die Unterlippe der Orchideenblüte, wo sie gewissermaßen ein bequemes Stübchen finden, von dem aus sie den Kopf durch ein kleines Fenster in die Honigtasche stecken können. Während der Mahlzeit lecken sie dem Insekt die betruhenden Staubpalete der Blüte an den Kopf, und wenn der Gast dann eine andere Blüte aufsucht, gelangen die Staubpalete zu den Narben der zweiten Blüte, so daß die Fortpflanzung sich vollziehen kann.

Lebendige Orchideen.

Die lockenden Wirkungen der Orchideen hat sich nun ein gieriges Insekt zunutze gemacht, das eine Zwischenstufe zwischen den sogenannten Schwaben und den Heuschrecken darstellt. Dieses räuberische Insekt besitzt zwei lange starke Greifarme in Gestalt von Klappmessern und erhebt wegen der emporgereckten Haltung dieser Weiser, die bei einiger Phantasie an die Handhaltung eines Betenden erinnert, trotz seiner nichts weniger als lobenswerten Eigenschaften den volkstümlichen Namen „Gottesanbeterin“. Die Hauptmerkmale der Gottesanbeterin besteht in der Fähigkeit, sich in Farbe und Gestalt ganz außerordentlich der Umgebung und dem Zweck der Kriegsliste anzupassen. Die südamerikanischen Exemplare gleichen am ehesten einem kleinen grünem Strohwickel, die Farbe ändert sich von braun bis gelb und grün. Am ausgeprägtesten ist diese Anpassungsfähigkeit aber bei den tropischen Formen, die sogar einzeln persönlich die Farbe wechseln und den Farben des Untergrundes annehmen können. Dies geschieht ihnen jedoch nicht, sie benötigen auch Flügel- und Beinhaltung usw. zu ihrem Tarnspiel und verkleiden sich auf diese Weise zu wunderbaren Blüten, die den Orchideen außerordentlich ähnlich sind. Sie halten sich dann in der Nähe der Orchideen oder auf ihnen selbst auf, um auf diese Weise ihrer gefährlichen Opfer habhaft zu werden. Die vollkommenste Verwandlung gelangt aber jenen Arten, die schließlich in Farbe und Gestalt den Orchideen oder Trichterwinden täuschend ähnlich sind und sich dann ganz einfach mit gespreizten Weisern, die den Stil darstellen, mit auseinandergepressten Flügeln usw. auf den Urwaldbäumen niederlassen, um die Fliegen anzulocken und zu zerreigen. Die Kriegsliste dieser Insekten kann als eine der vollkommensten in der Natur bezeichnet werden, da in diesem Fall das Tier gewissermaßen zu einer Blume wird, weshalb die in derlei Listen am besten geübte Gattung, die lebendige oder die gefälschte Orchidee, den sehr zutreffenden Namen „Teufelsblume“ erdelt.

Jhsens „Wildente“

Das Stück, das sich mit keiner glänzenden Zeichnung menschlicher Eitelkeiten in der Gestalt des Hjalmar Ekdal zu klassischer Vollendung hebt, liefert ebenso gedanklich durch die Skizze, die Jhsens, der große Wahrheitskämpfer, hier gegen die bisher von ihm bedingungslos vertretene Wahrheitsforderung richtet. Die ironisch sinnliche Philosophie des verlämpften Doktor Kelling, das Einbildung und Selbstbetrug auch oft lebensfördernde Kräfte sind, die schwachen Menschen in ihrem Elend eine letzte Stütze bieten, trägt in dem Drama über Gregor Werles Glauben an der Wahrheit Heilkraft den Sieg davon. Doch leider wird dem lebenslänglichen Widerpart der Sieg über den moralisierenden Idealisten im Stücke allzu leicht gemacht. Diesem fehlt einfacher Menschenverstand in einem Maße, daß er, der doch ein Typus sein soll, teilweise ins Karikatur-

risstische schillert. Da geht ein Bruch durch das sonst so geschlossenen psychologische Gemälde.

Nach Herr Kay Hax als Gregor Werle vermacht über die Bekleidende in den Voraussetzungen nicht hinterrückzuführen. Da in dem so gezogenen Rahmen gab er ein Bild von hohem Reiz der Realistischen. Die Härten und Ranten des Prinzipienmenschen umspielte ein Hauch von während warmer Herzengüte und hinter allem stand lassend eine schwere, aus ewigen Enttäuschungen der Reinheit sehnsücht erwachsenen Melancholie. Eine Leistung von ungewöhnlich intensiver Kraft der geistigen Verinnerlichung. Viel Gutes hat auch Hartau Hjalmar. Nur daß es dieser Hjalmar-Eitelkeit an jenem Einbildung von lieblich Liebendwürdigen, die andere künstlich ihr zu geben wußten, gebracht. Hjalmar ist wohl ein Komödiant des Lebens, doch rückt in dem Spiel ein Konkretesten Schauspiel-Komödiantentums allzu merklich in den Vordergrund. Selbstsympathisch, vielleicht sympathischer als es des Dichters Absicht, der lächerliche Helena Fedmers Gema: Ein gutes und verhängnisvolle Hausmütterchen, in dem der helle schöne Klang der Stimme, da der Jhsen hart betonten Bodenlay von philiströser Enge dämpft. Reinhold Schützels Übertrieb unendlich die Alters-Jüchigkeit der greisen Ekdal. Vorzüglich gelangte die junge Mädchenart der Hedwig anheimelnde Jüchigkeit und unbewogter Drang nach Liebe durch Marie Dröke zur Erscheinung. Paul Kehlhopf zeichnete vorzüglich natürlich die Figur des Doktor Kelling.

Notizen.

Die Technik des H-Bootes behandelte Prof. van am Rittmoos an einem wissenschaftlichen Abend der Uraia. Er wurde einem da recht klar, was für ein kompliziertes und feines nerviges Wunderwerk das Tauchboot, wie Prof. van es lieber nennt, wissen möchte, was ein Produkt höchster Kulturtechnik ist es dargestellt. Wenn man nicht an die absolut unzulässige Aufgabe dieser Maschine denken möchte, könnte man es als einen Höhepunkt unserer Zivilisation bezeichnen. Obwohl Deutschland an späteren an den Bau dieser Boote ging, hat es ihnen doch die klassische Form gegeben, weil alle Vorbedingungen dafür in ihm emwickelt waren: hohe Leistungsfähigkeit des Ingenieurs wie des Arbeiters im allgemeinen und die Durchbildung des elektrischen Akkumulators, des Dieselmotors, der Luftverweirung zu der besonderen Leistungsfähigkeit, wie sie das Tauchboot erfordert. Vorführungen am Modell im Wasser erläuterten Tauchvorgang, Lichtbilder gewährten Einblick in das den Raum aus höchster Ausnützung Innere dieses modernen Tauchwerkes, als welches unsere Vorfahren zweifellos dieses amphibische, amphibische, mit einem Kernzentrum und einem Neg von Leistungsbahnen und Kraftübertragungen ausgestattet, aufs genaueste ausbalancierte und dem leisesten Impuls folgende Kunstwerk bezeichnet hätten.

Der Nobelpreis für Literatur wurde von der schwedischen Akademie zwischen dem dänischen Schriftsteller Kar Gjellerup und Henrik Pontoppidan geteilt. — Pontoppidan ist wohl der bedeutendste der lebenden dänischen Romanschreiber älterer Generation (geb. 1857), dem als moderner Gegenpol etwa Joh. V. Jensen gegenübersteht. Er ist ein Darsteller großer Lebenskreise, ein Meister der Komposition und schöpferischer Sprachbeherrscher. Auf unsere größten proletarischen Dichter R. Andersen, Kerg hat er befruchtend eingewirkt. Pontoppidans große Romane, wie „Gans im Glid“, „Das gelobte Land“, sowie kleinere Erzählungen sind in deutscher Sprache erschienen (Kleines Werke von ihm fanden früher auch im „Vorwärts“ und in der „Neuen Welt“). Er hat als Naturalist begonnen, ist aber dann zu freieren Formen übergegangen, in denen sich vielfach auch romantische und ironische Elemente geltend machen. Er hat als konservativ gerichteter Kritiker über die Entwicklung seines Landes zu berichten, aber auch in dem achtbändigen „Guldspiler“, der unmissbarsten Darstellung des heutigen Dänemarks, Menschen nach seinem Herzen geschaffen. — Gjellerup (ebenfalls 1857 geboren) lebt seit langem in Dresden. Ursprünglich freigeistigen Zielen zustrebend, hat er später in Drama und Erzählung nordische und klassische Stoffe bevorzugt. Unter der Einwirkung der deutschen idealistischen Philosophie stehen die in Deutschland erschienenen Werke, die wie „Der Bigger Romanita“ und „Die Weltwunderer“ z. T. in Indien spielen und buddhistische Gedankenwelten von eigenartigem Zauber erschließen. Daneben hat er aber auch modern realistische Romane sowohl mit deutschem wie dänischem Hintergrund geschrieben.

Die welsche Nachtigall.

Der Roman eines sterbenden Jahrhunderts. Von R. Franco.

Schon ging sie auf — Jungfer Regina war es, ängstlich wie ein Scheues Reh — sie hielt ein Paket in der Hand, was es war, konnte er nicht erkennen. Rasch schlüpfte sie damit hinter die Wälle an der anderen Seite des Kellers und noch rascher war sie entleert. Jetzt aber hatte sie nichts mehr in der Hand.

Die große und lange Stille, die nun eintrat, machte dem Jungen Mut. Sein pfiffiges Köschen schnupperte neugierig. Er sah, welche Geheimnisse waren in diesem Hause zu entdecken! Zu gerad hätte er gesehen, was da soeben verdeckt wurde. Aber so oft er sich in Bewegung setzte, um nach dem Versteck zu spähen, erklangen immer wieder Schritte oder Stimmen, die ihn zurückschreckten. Endlich gelang es doch — nach einigem Suchen hielt er das geheimnisvolle Paket in der Hand. Es waren Hefte und Bücher, von deren Wesen bei der in diesem Winkel herrschenden Dunkelheit nichts zu erkennen war. Er trat damit zur Türe, wo doch einiger Lichtschein herrschte, legte den Fuß auf ein Häufchen mit Rum und schlug eines der Bücher auf.

Das Recht der Völker, sich eine ihnen zuzugende Staatsform zu wählen oder Reflexionen über die J. J. Rousseau Contract social nebst Erläuterungen zur Rede des Marquis de Mirabeau.

Das war nicht zu verstehen und weiter kam er nicht. Jemand trippelte die Treppe herab, so rasch, daß er kaum noch Zeit hatte, mit dem in seinen Händen befindlichen Buch hinter den Kisten zu verschwinden.

Sein Glid war, daß man versuchte aufzusperren, bevor man entdeckte, daß die Tür ohnedies offen stand. Die Eintretende hätte er übrigens auch am seinen Karischen der Kleider erkannt. Es war Lante Pepsich. Franz wurde von einer namenlosen Angst befallen. Die schneißelnde Nase der alten Jungfer wachte auch sonst alles auszuspähen. Wenn sie ihn jetzt entdeckte! Und die Bücher dazu, die er vorn auf dem Kumsch hatte liegen lassen! Sein Herz stand still vor Sorge, in einem heißen Stoggebet flehte er zu Gott, nur noch diesmal alles gut ausgehen zu lassen, ganz gewiß wolle er hier niemals wieder naschen.

Und Gott erhörte ihn und es ging gut aus. Das heißt, bis auf den Umstand, daß Lante Pepsich die Bücher am Kumsch rittlich laub Hauswalleria an sich nahm, dann aus den

wiederholt einschänkte und es unter großen Senzern leer trank — dann einen Blick in die Bücher warf, halblaut aufkreischte und so eilig nach oben rannte, daß sie auf das Versperren der Türe vergaß.

Franz verließ so rasch er konnte den heute so reichlich besuchten unheimlichen Ort, nachdem er noch den Traktat zurückgelegt hatte und nahm sich vor, strengstes Stillschweigen über alles was er gesehen, zu bewahren. Ihm war bei alledem nicht wohl zu Rute, denn in seiner Lebenserfahrung als Stiff stand es fest: es möge geschehen sein, was da immer wolle, wenn es herumscham, daß er dabei war, so werde sicher zuerst nach seinen Ohren gegriphen.

Aus sicherstem Instinkt heraus vermied er es besonders an diesem Vormittag, Lante Pepsich zu begegnen, denn vor ihrem scharf prüfenden Auge wäre ihm sicher das helle Rot in die Wangen geschossen und er hätte durch sonst ein Zeichen sein böses Gewissen verraten. Während aber sonst die ehrsame Jungfer es meisterhaft verstand, jedermann gleichzeitig im Wege zu sein, war sie jetzt in der unheilbrütenden Stille des immer heißer heraufsteigenden Mittags wie verhoffen.

Nach den vormittägigen Stürmen hatte sich eine bange Ruhe über dieses in seinen Grundfesten erschütterte Haus gelegt. Sein Herz hatte mit einem letzten lauten Kraach vor dem ihn bittend ansuchenden Töchterchen die Türe zugeworfen und sah, mächtige Rauchwolken paffend, in seinem Privatkontor. Herr Schurbein war in sein Stübchen geeilt, hatte dort seine funkelneugelneuen, alamoedischen beigegebenen Pantalone und einen blauen Frack angezogen, war dann zum Chef hinabgestiegen und hatte ihm angefündigt, daß er nach fünfzehnjähriger besser Kondition es nicht verdient habe, ein Schaf gezeihen zu werden, weshalb er sofort die Firma verlasse. ... Regina kniete trotzig in ihrem Zimmer auf dem beschneißelnd und starre trockenen Auges empore zum Gekreuzigten, dessen eisenbeinernes starrs Angesicht ihr zu sagen schien: Leiden, ja Leiden ist Erdentes.

Kaum hatte sie sich in dieser Nacht zu der Hoffnung durchgerungen, daß, da der Vater gestern einer möglichen Verbindung mit Reinhardt nur deshalb widerstrebt hatte, weil er in seinem Adam einen Nachfolger seiner Firma erhoffte, es nun der Gerechtigkeit durch seine Unbesonnenheit ohnedies wohl der Karriere verlustig gehen würde, für seinen Stolz nicht ausgeschlossen sei, dem Vater zu Willen zu sein, da kam dieser neue Schlag, der Zusammenprall zweier so hitziger Gemüter, der nun alles, alles, auch die soeben emporgeliebte neue leise Hoffnung vernichtete. Ein hochmütiger Popsi sei ihr Schurbein, hatte ihr Vater geäußert.

Schritt in sein Haus dürfe er tun, sonst würde er den Hungerleider eigenhändig die Treppe hinab. Keine Zeile des heimlichen Einverständnisses mit diesem davongezagten Subjekt dürfe er, sonst spreze er sie ins Kloster. Ueberhaupt diese saubere Liebelei hinter seinem Rücken — alle Briefe des Monieurs habe sie ihm sofort herauszugeben, dessen wahres Wesen er vor aller Welt ins hellste Licht zu legen wissen werde, und als sie leugnete, solche zu besitzen, hatte er brutal ihr Nähtüchlein aufgerissen und darin, freilich vergeblich, gestöbert. Welsch Glid noch, daß sie die verhängnisvollen, ihr von Reinhardt anvertrauten Schriften in einem günstigen Augenblick, da man den Vater abrief, in Sicherheit hatte bringen können! Aber das verbotene höchstens nur weiteres Unheil und linderte nicht das bestehende. ... Und bittere Tränen tropfen leise über den Stirn ihrer Wangen, sie legte die Hände endlich hoffnungslos nach hundert vergeblichen Versuchen, einen Ausweg zu finden, in den Schoß. ... So fand sie Lante Pepsich, die den Kopf zur Tür hineinsteckte, um der Vertrauten eine Reuekräft, die sie mächtig erregte, zu sagen.

Bitte laß mich, Lante, ich kann nichts reden, kann nichts denken, daß sie abwehrt und so bestimmt, daß die Lante sich zurückzog und allein blieb mit ihrer brennenden Entdeckung, die sie in dem Keller gemacht und die ihr schier das Herz verknagte.

Sie hatte versucht, in den Büchern zu lesen und schon nach wenigen Zeilen mit Entsetzen gesehen, daß religionsfeindliche, gottesspottende Dinge waren, die darin standen. Wessen Verstand hatte sie dort aufgestöbert? Wie kamen so gräßliche Dinge überhaupt in ein christliches Haus? Sollte der Herr Schurbein heimlich? Der zweite Kommiss war zu dämlich und Franz kam doch gar nicht in Betracht. Sie fieberte vor Ungeduld, jemandem mühte sie sich anvertrauen — außerdem — ob es auch nur eine lächerliche Sünde war, solche gottesspottende Dinge auch nur eine Stunde im Hause zu behalten? Hatte nicht der Vater Guardian erst unlängst gepredigt, wie man jetzt das Volk durch die Willkür finden und religionsfeindlicher Lehren und Schriften, die massenhaft allenthalben verbreitet werden, zu verderben trachte. Nur war diese Gistat im eigenen Hause ausgegangen!

Und der Nachbar des Seyboldsdorffschen Hauses sah auch diesen Morgen Lante Pepsich im schwarzen Tuch und in der dunklen Hande zur Weichte wallen. Nur hatte sie statt dem goldgeränderten Gebetbuch einen mächtigen Pompadour, in dem sie stumm, Zornig und glühend



# Digmude unter Minenseuer — Heftiger Artilleriekampf im Sundgau — Französische Vorstöße bei Ammerzweiler und Heidweiler — Einkreisung am mittleren Tagliamento: 17 000 Italiener mit 80 Geschützen gefangen — Uebergang über die Livenza erzwungen — Bisher über 250 000 Gefangene, über 2300 Geschütze erbeutet.

Amlich. Großes Hauptquartier, 8. November 1917. (W. T. S.)

## Westlicher Kriegsschauplatz.

### Seeerzgruppe Kronprinz Rupprecht.

An der flandrischen Schlachtfront hat der Feind seine Angriffe nicht wiederholt.

Die Artillerietätigkeit blieb reger; sie steigerte sich namentlich gegen die Abzweigungen an der Yser und bei Passchendaele. Die Stadt Digmude lag unter heftiger Minenseuer.

Nördlich von Foclapelle und bei Armentières wurden englische Erkundungsabteilungen abgewiesen.

### Seeerzgruppe Deutscher Kronprinz.

Im Ailette-Grunde wurden aus erfolgreichen Vorfeldkämpfen französische Gefangene eingebracht.

### Seeerzgruppe Herzog Albrecht.

Im Sundgau schwoll die schon seit einigen Tagen lebhafteste Artillerietätigkeit zu beiden Seiten des Rhein-Rhone-Kanals zu größter Heftigkeit an. Französische Sturmtruppen stießen am Nachmittag nördlich und südlich vom Kanal vor. Bei Ammerzweiler wurde der Feind zurückgeworfen. Westlich von Heidweiler blieben vorspringende Grabenstücke in seiner Hand. Am Abend brachen hier erneute Angriffe der Franzosen verlustreich zusammen.

Seit dem 3. November verloren die Gegner im Luftkampf und durch Flugabwehrfeuer 24 Flugzeuge. Leutnant Wäpflinger errang seinen 24. und 25. Luftsieg.

## Ostlicher Kriegsschauplatz.

Bei Brody und an der Moldawa lebte das Feuer zeitweilig auf.

### Mazedonische Front.

Im Cerna-Bogen hat sich die Artillerietätigkeit wieder verstärkt.

### Italienische Front.

Unsere auf den Gebirgsfronten vordringenden Abteilungen brachen den Widerstand feindlicher Nachhut.

Dem am mittleren Tagliamento zwischen Tolmezzo und Gemona und an den ständigen Befestigungswerken des Monte S. Simone noch ausharrenden Feinde verlegten umfassend angelegte Anstichsalonnen den Rückzug. Bisher

wurden sich 17000 Italiener (darunter ein General) mit 80 Geschützen ergeben.

In der Ebene entwickelten sich längs der Livenza Kämpfe. In heftigem Draufgehen erzwangen sich deutsche und österreichisch-ungarische Divisionen trotz zerstörter Brücken den Uebergang und warfen den Feind westwärts zurück.

Die Gesamtzahl an Gefangenen hat sich auf mehr als 250 000, die Beute an Geschützen auf über 2300 erhöht.

Der Erste Generalquartiermeister, Ludendorff.

## Abendbericht.

Berlin, 8. November 1917, abends. Amlich.

In Flandern verstärkte Artillerietätigkeit bei Digmude und Passchendaele.

In Italien vorwärtsschreitende Kämpfe im Gebirge und in der Ebene.

## Der österreichische Bericht.

Wien, 8. November 1917. (W. T. S.) Amlich wird verlautbart:

### Italienischer Kriegsschauplatz.

Die verbündeten Armeen des Feldmarschalls Erzherzog Eugen sind gestern in rascher Verfolgung an die Livenza vorgekrochen. Der Feind setzte dem Ueberdrehen des Flusses überall heftigen Widerstand entgegen, wurde jedoch an mehreren Stellen durch österreichisch-ungarische und deutsche Truppen geworfen und zu weiterem Rückzug gezwungen.

Nach im Gebirge leisteten die Italiener an zahlreichen Punkten zähe Gegenwehr. Südlich von Tolmezzo, hinter unserer Front, verwehrte sich heftig auf die Werke von S. Simone, eine tapfere italienische Gruppe unter dem Kommandanten der 36. Division mehrere Tage hindurch gegen die umfassenden Angriffe unserer Gebirgsgruppen und deutschen Jäger zu behaupten. Erst vorgestern abend stellten die italienischen Geschütze ihr Feuer ein; gestern prangte der völlig abgehackte Feind die Werke. Seine Versuche, sich durchzuschlagen, scheiterten. Nach einem heftigen Kampf streckte der Gegner, einige tausend Mann stark, die Waffen.

Auch in den Randgebirgen des Cadore und im Primör kam es zu heftigen Zusammenstößen. Unsere Truppen bewachten sich wichtiger Punkte.

An Gefangenen und Beute sind gestern in die Hände der Verbündeten gefallen: ein General, ein Divisionsstab, zwei Obersten, 170 Offiziere, 17 000 Mann, 80 Geschütze und sechs Flugzeuge. Die Gesamtzahl an Gefangenen ist auf 250 000, die der erbeuteten Geschütze auf 2300 angewachsen.

### Ostlicher Kriegsschauplatz und Albanien.

Unverändert.

Der Chef des Generalstabs.

Wien, 8. November. Aus dem Kriegsadressequartier wird am 8. November abends mitgeteilt: Die Kämpfe in Venetien verlaufen günstig.

Zwangnahme von Vorkehrungen erforderlich, um den Eintritt von Zuständen zu verhindern, wie sie sich nach dem Kriege 1870/71 in einzelnen größeren Städten gezeigt haben. (So z. B. auch in Berlin, wo ein Teil der obdachlosen Bevölkerung Breiterbuden usw. auf freiliegenden Grundstücken errichtete. Red. d. „S.“)

Der Erlass regt zunächst Erhebungen an über die Zahl der leerstehenden Wohnungen, der im Feld befindlichen Haushaltesverhältnisse, der geschlossenen Kriegsheimaten, der zu erwartenden Migrationsbewegungen von Haushaltungen, über den Abgang an Verheirateten wie Ledigen durch Tod im Kriege usw. Er empfiehlt dann weiter, das Augenmerk in erster Linie auf die Verlegung größerer Wohnungen zu richten. Reichlich optimistisch meint der Erlass, daß hier Verhandlungen mit den Hausbesitzern zum Ziele zu führen werden, wegen der Steigerung der Miete, die durch Veranmietung größerer Wohnungen als Kleinwohnungen zu erzielen ist. Hier wird unseres Erachtens gewaltig die Abneigung unterschätzt, die bei den weitläufig meisten Besitzern „herrschaflicher Häuser“ gegen das Vermieten an „kleine Leute“, an linderliche Familien ulm, besteht.

Im weiteren zeigt der Erlass, eine wie starke Salami-Lage jetzt von den Behörden erwartet wird. Dann er befaßt sich mit der Erwägung, zur Beseitigung eines Notstandes vorübergehend die sonst unzulässige Einrichtung von Dach- und Kellerwohnungen zuzulassen. „Des weiteren — so sagt der Erlass — wären öffentliche Gebäude, Schulen, für die Aufnahme von Familien sowie Turnhallen und Lagerräume für die Aufnahme von Ledigen auszunutzen.“

Somit der Erlass. Wir können nur sagen, daß sein Inhalt uns für die Zukunft mit größter Sorge erfüllt. Heute rächt es sich bitter, daß man vor dem Kriege den Wohnungsbaufast ausschließlich dem privaten Kapital überlassen, den Bau von Kleinwohnungen schandbar vernachlässigt und die zu diesem Zwecke geeigneten gewinnbringenden Baugelassenchaften bis auf wenig geübert, ja teilweise direkt drangsaliiert und gehindert hat. Es läßt sich auch nicht leugnen, daß den Behörden die Einsicht von der drohenden Gefahr reichlich spät kommt, denn von anderer Seite ist schon seit Jahr und Tag auf sie hingewiesen worden. Obgleich die statistischen Erhebungen, die Verfestigung von Bauplänen und die sonstigen Anregungen des Entwurfs ist an sich nichts einzuwenden, aber die Hauptsache ist und bleibt, daß schleunigst gebaut wird. Man möge sich auf Regierungsseite keine Illusionen darüber, wie es auf die heimkehrenden Krieger und ihre Familien wirken wird, wenn sie in Dach- und Kellerwohnungen, in Turnhallen, Lagerräumen und ähnlichen „wohnlügen“ Behausungen untergebracht werden!

## Erweiterung des Hilfsdienstgesetzes.

Dem Hilfsdienstauschuss ist eine vom Bundesrat beschlossene Verordnung unterbreitet worden, die auf eine Erweiterung des Hilfsdienstgesetzes hinführt. Wie in der Begründung gesagt wird, bedarf die von den Ortsbehörden vorgenommenen Registrierung den Bedarf an Hilfsdienstpflichtigen auf die Dauer nicht. Der Entwurf führt dieses unzureichende Ergebnis darauf zurück, daß sich zahlreiche Meldepflichtige zu Unrecht nicht gemeldet haben. Der § 2 des neuen Entwurfs bestimmt nun, daß sich zu melden haben: 1. alle männlichen Deutschen, die nach dem 31. März 1888 geboren sind und das 17. Lebensjahr vollendet haben, soweit sie nicht a) zum aktiven Meer oder zur aktiven Marine gehören oder b) auf Grund einer Resolution vom Dienst im Meere oder in der Marine anrückgestellt sind; 2. alle männlichen Angehörigen der österreichisch-ungarischen Monarchie, die nach dem 31. März 1888 geboren sind und das 17. Lebensjahr vollendet haben, soweit sie im Gebiet des Deutschen Reiches ihren Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben und nicht zum aktiven Meer oder zur aktiven Marine gehören.

Von einschneidender Bedeutung ist § 7, der bestimmt: Jeder Meldepflichtige hat auf Aufforderung des Vorsitzenden des Einberufungsausschusses persönlich zu erscheinen, auf Fragen des Vorsitzenden oder seines Vertreters Auskunft zu erteilen und sich einer Untersuchung durch den vom Vorsitzenden bestimmten Arzt zu unterziehen.

Scheidet ein Meldepflichtiger vor Vollendung des 60. Lebensjahres aus der Beschäftigung bei seinem bisherigen Arbeitgeber aus oder wechselt er seine Wohnung, so hat er dies spätestens am dritten darauf folgenden Werktag dem für seinen bisherigen Wohnort und, wenn er diesen wechselt, für seinen bisherigen Wohnort zuständigen Einberufungsausschuss mitzuteilen. Dabei ist seine neue Tätigkeit, sein neuer Arbeitgeber, die neue Wohnung sowie eine eventuelle militärische Einberufung anzugeben. Außerdem hat auch der bisherige Arbeitgeber spätestens am dritten Werktag das Ausscheiden dem für den bisherigen Wohnort des Meldepflichtigen zuständigen Einberufungsausschuss mitzuteilen. Strafen für Nichterhaltung der Vorschriften gehen bis zu 6 Monaten Gefängnis oder bis zu 10 000 M. Geldstrafe. Durch eine sehr eingehend ausgearbeitete Meldeforse sollen die Verhältnisse der Hilfsdienstpflichtigen möglichst genau erfasst werden.

## Letzte Nachrichten.

### Petersburger Proklamation.

Petersburg, 8. November. (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Russlands, der gestern abend eröffnet wurde, gab heute morgen die drei folgenden Proklamationen aus:

Erstens: an alle Räte, Abgeordnete, Arbeiter, Militärpersonen und Bauern in der Provinz: Die gesamte Gewalt steht den Arbeiter- und Soldatenräten zu. Die Regierungskommissare werden von ihren Ämtern entlassen. Die Vorsitzenden der Arbeiter- und Soldatenräte stehen unmittelbar mit der revolutionären Regierung in Verbindung. Alle Mitglieder der Bauernauschüsse, die verhaftet waren, sind sofort in Freiheit zu setzen, und die Kommissare, die sie verhaftet haben, sind an ihre Stelle zu verhaften.

Zweitens: Die Todesstrafe, die von Kerenski an der Front wieder eingeführt war, wird aufgehoben. Vollständige Freiheit der politischen Propaganda wird an der Front wiederhergestellt. Alle revolutionären Soldaten und Offiziere, die unter der Beschlagnahme sogenannter politischer Verbrechen verhaftet wurden, sind sofort in Freiheit zu setzen.

Drittens: Die früheren Minister Konovalow, Rikhtin, Tereschenko, Malantowitsch, Mikulin und die andern sind vom revolutionären Komitee verhaftet zu werden. Kerenski hat die Flucht ergriffen; alle militärischen Verbände werden aufgefordert, alle Maßnahmen zu ergreifen, um Kerenski zu arrelieren und ihn nach Petersburg zurückzubringen. Jede Unterstützung Kerenski's wird als Hochverrat bestraft werden.

## Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 7. November. Amlich. Neue U-Boots-Erfolge im Mittelmeer: 14 Dampfer, 2 Segler mit rund

### 44 000 Br.-Reg.-To.

Unter den versenkten Schiffen befinden sich die bewaffneten, tief beladenen englischen Kriegsmaterialtransporter Vera, 7635 Br.-Reg.-To., und Collegian, 7237 Br.-Reg.-To., sowie der bewaffnete italienische Truppentransporter Salparajo, 4930 Br.-Reg.-To., der samt dem ihn sichernden italienischen Hilfskreuzer Porto Maurizio auf der See von Marfa Sufa (westlich Derna) vernichtet wurde.

Versuche der feindlichen Schifffahrt, sich mit länger werdender Dunkelheit durch nächtliches Fahren unserer U-Boote zu entziehen, blieben erfolglos. Mehrere der versenkten Dampfer wurden in Richtungsgriffen, andere aus ungewöhnlich stark gefährlichen Geleitzügen herausgeschossen.

An den gemeldeten Erfolgen ist Oberleutnant zur See Steinbauer in hervorragender Weise beteiligt.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

## Die Fragen des Ostens.

### Aktion der österreichischen Sozialdemokraten.

Nach neueren Mitteilungen, die wir für zutreffend halten, ist eine Festlegung der deutschen Politik in den Fragen des Ostens noch nicht erfolgt. Um an ihrer Verhinderung unser Teil beizutragen, haben wir unsere geistigen Ausführungen veröffentlicht. Es zeigt sich jetzt, daß die ganze öffentliche Meinung Deutschlands geschlossen gegen jenen Plan aufmarschiert; so verschieden die Beweisführung und die letzten Absichten sind, so einmütig ist die Presse in seiner entschiedenen Ablehnung. Uns ist bisher kein einziges Wort untergekommen, das auch nur einen Versuch macht, die verschiedenen Römisch- und Großfürstenpläne zu verteidigen; selbst die „Germania“, die auf gute Beziehungen zu Wien besonders hält, verheißt nicht ihre Bedenken.

Inzwischen haben unsere österreichischen Genossen die drohende Gefahr erkannt und haben eine Aktion zu ihrer Bekämpfung eingeleitet. Ein Telegramm aus Wien meldet:

Wien, 8. November. Im Budgetausschuss des Abgeordnetenhauses beantragte der Sozialdemokrat Dr. Ellenbogen unter Hinweis auf die Blättermeldungen über die geplante Lösung der polnischen Frage, den Ministerpräsidenten einzuladen, Aufklärungen hierüber zu geben. Im Verfassungsausschuss beantragte der Sozialdemokrat Krenner, die Angelegenheit über die Lösung der polnischen Frage zur Verhandlung zu stellen. Gemäß einer vom Verfassungsausschuss angenommenen Anregung des Obmannes des Verfassungsausschusses wurde der Verfassungsausschuss und der Budgetausschuss für nachmittags zu einer gemeinsamen Sitzung beider Ausschüsse zur Entgegennahme einer Mitteilung des Ministerpräsidenten einberufen.

Die Regierungen werden hoffentlich einsehen, daß eine Lösung der östlichen Fragen gegen den Willen aller beteiligten Völker eine Unmöglichkeit ist.

## Hilfsdienstauschuss.

Der Ausschuss verhandelte in seiner Sitzung am Donnerstag über Petitionen.

Eine Sache von hoher Wichtigkeit betraf eine Petition des Verbandes der Bureauangestellten. Nach dem Hilfsdienstgesetz müssen Schlichtungsausschüsse für größere territoriale Gebiete errichtet werden, die bei Streitigkeiten als Unbeteiligte zu entscheiden haben. Die Marineverwaltung

hat nun für ihre Betriebe in Kiel und Wilhelmshaven besondere Schlichtungsausschüsse errichtet. Diese Ausschüsse sind mit dem Gesetz nicht in Einklang zu bringen, weil sonst jeder große Betrieb sich einen eigenen Schlichtungsausschuss schaffen könnte. — Ein Vertreter des Reichsmarineamts verurteilt das Verfahren der Marineverwaltung damit zu rechtfertigen, daß die Betriebe der Marineverwaltung im Kriegsbereich liegen und daß das Gesetz nur vom Regelfalle sprache, Ausnahmen also zulässig seien. — Geheimrat Dr. Jund (Rechtsabteilung des Kriegsamt) hält das Vorgehen der Marineverwaltung für zulässig. — Die Abg. Bauer und Siebel traten dieser Auffassung scharf entgegen. Sie bezweifelten direkt gegen das Gesetz, dem damit geradezu Gewalt angetan werde. Die Marineverwaltung läme auf diese Weise dazu, in eigener Sache zu entscheiden. — Die anderen Redner mußten dieser Auffassung zustimmen. — Die Abg. Bauer, Siebel und Städeln beantragten:

Der Ausschuss solle beschließen: Es ist nicht zulässig, für einzelne Betriebe oder Betriebsgruppen besondere Ausschüsse, wie sie die §§ 9 und 18 des Hilfsdienstgesetzes erfordern, zu errichten; zulässig sind nur Ausschüsse für Bezirke. Der 22. Ausschuss ersucht deshalb das Kriegsamt, die Aufhebung der Verfügung des Reichsmarineamts vom 27. Dezember 1916 herbeizuführen.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen, nachdem ein Antrag von Gathein, der besondere Ausschüsse für die Kriegszeit zulassen wollte, abgelehnt war.

Eine Reihe wirtschaftlicher Verbände wenden sich dagegen, daß in militärischen Betrieben

### Meldepflichtige nicht auf Vertrag beschäftigt

werden dürfen, sondern einzugehen und dann zur Arbeit übernommen werden. Die Verbände sind der Meinung, daß es nicht zulässig ist, die Betriebe in dieser Weise zu militarisieren. Der Begriff „militärische Dienstleistung“ werde hier offenbar überspannt. Die Petenten bitten, das Verbot der Beschäftigung Meldepflichtiger auf Vertrag in militärischen Betrieben aufzuheben. — Ein Vertreter des Kriegsamt's führt aus, daß die erlassene Verfügung sich auf § 1 des Wehrgesetzes gründet. Wer meldepflichtig, aber nicht zum Wehrdienst zu gebrauchen ist, kann zur Dienstleistung herangezogen, also nicht auf freien Vertrag angestellt werden.

Die Beratung über diese Petitionen wurde abgebrochen und zunächst in die Beratung eines anderen Gegenstandes eingetreten. Der Hilfsdienstauschuss hatte im April seine Meinung dahin geäußert, daß sich die Schlichtungsausschüsse ulm. Ihre Geschäftsberechnung selbst geben und daß die Landesregierungen das Recht haben müssen, über die innere Organisation der Ausschüsse Vorschriften zu erlassen. Zu diesem Zweck hat das Reichsamt des Innern einen Entwurf ausgearbeitet, der eine Geschäftsordnung für die Ausschüsse bereitet und der den Landesregierungen zur Nichtanur dienen soll. Der Entwurf, der im ganzen nicht unannehmbar ist, führte zu einer lebhaften Debatte und wurde dann mit wenig Abänderungen angenommen. — Die Beratungen wurden dann auf Freitag vertagt.

## Die Wohnungsnot nach dem Kriege.

Der Minister für öffentliche Arbeiten hat an sämtliche Regierungspräsidenten und an den Oberpräsidenten in Potsdam einen Erlass gerichtet, der die wichtige Frage behandelt, wie der nach dem Kriege zu erwartenden Wohnungsnot vorgebeugt werden kann. Unterzeichnet ist der Erlass außer von Herrn Breitenbach auch von dem Minister des Innern Drews. Der Erlass beginnt mit der wichtigen Feststellung, daß nach dem Ergebnis der statistischen Ermittlungen und den Feststellungen, welche in einzelnen größeren Stadtgemeinden und Industriebezirken getroffen sind, die Befürchtung eines lebenslichen Mangels an mittleren, besonders aber kleinen Wohnungen bei Friedensschluß nicht mehr von der Hand gewiesen werden kann. Unabhängig von etwaigen Verwaltungs- und gesetzgeberischen Maßnahmen erscheint die sofortige

# Gewerkschaftsbewegung

Berlin und Umgegend.

Aus dem Kriegsausschuß für Groß-Berlin.

35 Bootshauer der R.-West in Zeuthen rufen den Kriegsausschuß nach § 13 des S.D.G. an, weil die Firma die Forderung der Erhöhung des Lohnes von 1,40 auf 1,60 abgelehnt hat. Die Firma hat eine Lohnerböhung von 10 Pf. bewilligt und weitere Erhöhungen in Aussicht gestellt, wenn das Reichsministerium die Erhöhung der Preise bewilligt. Wenn die Erhöhung der Preise erfolgt, ist die Firma bereit, noch weitere 15-20 Pf. vom Tage der ersten Bewilligung, das ist der 11. Oktober, nachzugeben. Der Kriegsausschuß erklärt, daß die zurzeit gesuchten Verdienste, die einschließlich der bewilligten Erhöhung von 10 Pf. nurmehr 1,50 M. betragen, nicht zeitgemäß sind, und erachtet eine weitere Erhöhung der Verdienste für erforderlich. Es erfolgt ein Schiedsspruch in der Weise, daß am 8. November eine weitere Erhöhung von 10 Pf. und am 6. Dezember nochmals eine Erhöhung von 10 Pf. für die Stunde eintreten soll.

Die Monteurs der G. i. d. E. Tempelhofer Meer, insgesamt 60, rufen den Kriegsausschuß als Schlichtungsausschuß an. Die Firma hat den übrigen Arbeitern und Arbeiterinnen am 9. August eine Lohnerböhung bewilligt, und zwar für männliche Arbeiter 20 Pf. für die Arbeiterinnen 10 Pf. für die Stunde. Den Monteurs ist diese Erhöhung nicht gewährt worden. Der angerufene Schlichtungsausschuß entscheidet, daß die Firma verpflichtet ist, auf die Lohnsätze des 8. August die 20 Pf. Zulage für die Stunde zu gewähren und den dafür in Frage kommenden Betrag nachzugeben.

Der Arbeiterausschuß der S. D. Oberschöneweide verlangt von dem Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch in einer Streitfrage über die geforderten Lohnerböhung. Die Angelegenheit hat den Kriegsausschuß schon einmal beschäftigt. Es wurde damals beschlossen, daß im Werk zwischen Arbeiterausschuß und der Firma Verhandlungen stattfinden sollen unter Hinzuziehung je eines Vertreters der Arbeiter und Arbeitgeber des Kriegsausschusses. Diese Verhandlungen haben inzwischen stattgefunden, und es ist eine Verständigung im Betrieb erfolgt. Die Arbeiter und Arbeiterinnen haben den in dieser Verhandlung ausgeprochenen Verdiensterhöhungen, die 10-20 Pf. für die Stunde betragen, zugestimmt. Die Generaldirektion der Firma hat jedoch diesen Vorschlag abgelehnt und deshalb wird der Schlichtungsausschuß angerufen, um endgültig in einem Schiedsspruch seine Ansicht zum Ausdruck zu bringen. Der Kriegsausschuß steht auf dem Standpunkt, daß die in der Verhandlung im Betrieb zugestandenen Verdiensterhöhungen gerechtfertigt sind und gibt einen dahingehenden Schiedsspruch ab.

Von der Akt.-Ges. S. F. E. in Lichtenberg erscheint der Arbeiterausschuß und fordert Verkürzung der Arbeitszeit um täglich eine halbe Stunde, unter Ausbleib des Verdienstes. In diesem Betrieb bestand bisher noch nach der Arbeitsordnung eine 9 1/2 stündige Arbeitszeit, während in der gesamten Berliner Metallindustrie bereits seit 1906 die neunstündige Arbeitszeit eingeführt ist. Die Firma wendet ein, daß sie die Arbeitszeit jetzt nicht verkürzen könne, da sie infolge großer Aufträge sogar Überstunden machen muß. Der Arbeiterausschuß erklärt demgegenüber, daß die im Werk Beschäftigten nicht abgeneigt sind, Überstunden zu machen, daß es ihnen jedoch lediglich darauf ankommt, formell die neunstündige Arbeitszeit einzuführen. Der Schlichtungsausschuß macht den Parteien folgenden Vorschlag: Die Arbeitszeit wird auf neun Stunden täglich festgelegt. Die Arbeiter erhalten für den Ausfall der halben Stunde täglich keine Entschädigung, jedoch wird den Lohnarbeitern als Ausgleich für die Minderung des Stundenverdienstes ein Erlaß in der Weise zugestimmt, daß die Hälfte des Stundenverdienstes den Arbeitern als Entschädigung gezahlt wird. Außerdem wird die Firma erklärt, daß die Arbeiter, die wegen Betriebsstörungen nicht arbeiten können, Anspruch auf Entschädigung haben.

## Deutsches Reich.

### Mitgliederzunahme im Bergarbeiterverband.

44 988 Renaufnahmen hat der Verband der Bergarbeiter Deutschlands bis jetzt im Jahre 1917 zu verzeichnen; davon brachte das dritte Vierteljahr allein 23 497. Der Mitgliederbestand übersteigt wieder 98 000 und wird zweifellos noch vor Jahresfrist 100 000 erreichen. Die nie zuvor erreichte Zunahmesiffer beweist über allen Streit hinaus, daß die Gewerkschaften und Gewerkschaftsvorstände das volle Vertrauen der Arbeiter haben.

### Die Löhne der Bergarbeiter im mitteldeutschen Braunkohlenbau.

In letzter Zeit begehen man in der den Unternehmern nachstehenden Presse vielfach Auslassungen über die „hohen Kriegslöhne“ der Arbeiter. Man will durch diese Notizen das Augenmerk von den sabelhaften Gewinnen der Bergindustrie ablenken und der Arbeiterwelt die Schuld an den bestehenden Verhältnissen aufbürden. Auch die Unternehmer der Braunkohlen-Industrie verfahren nach diesem Rezept und begründen die Kohlenpreiserhöhungen mit den „großen“ Lohnsteigerungen im Braunkohlenbergbau. Dabei sehen gerade diese Herren durch ihre Organisationen jeder gerin- en Aufbesserung der Lebensverhältnisse der Bergleute den allerdrücklichsten Widerstand entgegen. In Eingaben an die Kriegsamtsstellen suchen dieselben es so darzustellen, als wenn die ansehnlichsten Löhne gezahlt würden und die Arbeiter auch bestehen könnten, wenn nicht die Organisationen der Arbeiter fortwährend auf Erhöhung der Löhne dringen würden. Wie wenig auskömmlich die Löhne der Arbeiter sind, zeigt nachstehende Aufstellung. Im zweiten Quartal 1917 verdienen im Braunkohlen-

Bergbau des Oberbergamtsbezirks Halle die Arbeiter folgende Löhne:

Kategorie	Jahr	Prozent der Gesamtbelegschaft	Durchschnittslohn a. 1 Arbeitstunde
Eigentliche Bergarbeiter (unterirdisch)	2122	8	68,7 Pf.
Eigentliche Bergarbeiter (Tagebau)	7214	20,8	50,0 "
Sonstige Bergarbeiter (unterirdisch)	1734	5	54,0 "
Sonstige Bergarbeiter (Tagebau)	2428	7	47,9 "
Tagearbeiter	13007	37,5	47,8 "
Jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren	1789	5,1	26,3 "
Arbeiterinnen	5414	15,6	32,2 "
Gesamt	84885	100	47,5 Pf.

Trotz des Umstandes, daß der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau zu dem ertragreichsten Zweige des deutschen Bergbaus zählt, ist der durchschnittliche Stundenverdienst der niedrigen von allen Bergarbeitern, da die durchschnittliche Arbeitsdauer einer Schicht größer ist als in Ruhrschleifen und im sinterkeimischen Erzebergbau. Einen Durchschnittslohn von 47,5 Pf. kann man wirklich nicht als einen Kriegslohn bezeichnen. Ein solcher Lohn reicht nicht aus, um in der heutigen Zeit die Lebensbedürfnisse befriedigen zu können und bedeutet eine Gefahr für die Gesundheit und Leistungsfähigkeit dieser Arbeiterklasse.

## Parteinachrichten.

### Die „Rjetsch“ zum Kasernenbericht der Sozialdemokratischen Partei.

Der Parteivorstand schreibt uns: Die „Rjetsch“, das Organ der russischen Arbeiter, bringt in ihrer Nr. 224 das folgende Pariser Telegramm:

Dem Sozialistenkongreß in Würzburg wurde der Kasernenbericht der Partei vorgelegt. Im Bericht wird darauf hingewiesen, daß die deutschen Sozialisten den Sozialisten eines anderen Landes 302 000 M. überweisen haben. Diese Mitteilung rief in der Gruppe der Minorität der Sozialisten eine Erregung hervor, da sie von der Ansicht ausgingen, daß diese Summe Lenin und seinen beiden Kameraden vor ihrer Abreise aus Zürich ausgezahlt wurde.

Darauf stellen wir das Folgende fest: In dem Kasernenbericht, der dem Würzburger Parteitag vorgelegt wurde, steht kein Wort davon, daß die deutsche Sozialdemokratie den Sozialisten eines anderen Landes 302 000 M. überweisen hätte. Hingegen hat Genosse Braun in einem mündlichen Bericht in Würzburg die Tatsache erwähnt. Dieses Geld wurde aber nicht während des Krieges, sondern bereits im Juni 1914, und zwar nicht zu politischen Zwecken, sondern als Hypothekendarlehen gewährt und ist zum Teil bereits zurückgezahlt worden. Das Geld wurde weder der Sozialistischen Partei eines heute mit Deutschland kriegsführenden Landes noch der eines neutralen Landes gewährt. Es ist also kein Biennig davon weder unmittelbar noch mittelbar in die Hände russischer Sozialisten gelangt.

### Die Verichterstattung vom Parteitag verboten.

Im Sozialdemokratischen Verein Dresden wurde die Verichterstattung vom Würzburger Parteitag, weil dabei politische Angelegenheiten zur Sprache kommen könnten, vom Generalkommando verboten. Verbotener gegen dieses eigentümliche Verbot ist eingeleitet. Daß die Verichterstattung der Behörden das Wachstum der Sozialdemokratischen Partei nicht beeinträchtigt, zeigt der Kasernenbericht, zu dessen Erstattung die Genehmigung erteilt war. Die Mitgliederzahl des Vereins ist im zweiten Vierteljahr des Jahres 1917 um 230 gestiegen; im Oktober traten weitere 509 neue Mitglieder bei und in der ersten Novemberwoche abermals 80. Es geht also rüstig vorwärts, und das beweist zum Vergleich dazu erwähnt werden, daß der unabhängige Parteiverein Leipzig in derselben Zeit nach Auskunfts des Sekretärs Ruffel 1496 Mitglieder verloren hat.

### Stadterordnetenwahltag.

In Delitzsch bei Dresden errang der neugegründete Sozialdemokratische Verein bei den Stadterordnetenwahlen einen schönen Erfolg. Seine drei Kandidaten erhielten 240 Stimmen, während die bisherigen Gegner, die sich als „Königstreue“ bezeichneten, nur 111 Stimmen erhielten. Damit ziehen die ersten drei Sozialdemokraten ins Stadtparlament ein.

## Soziales.

### Die Nürnberg-Tagung deutscher Arbeitgeber-Verbände.

Gleichzeitig mit dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Würzburg trafen sich im nahen Nürnberg die Geschäftsführer der deutschen Arbeitgeber-Verbände. Aber sie tagten natürlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit, und der frische Bericht in der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ läßt nur ungefähr erkennen, womit man sich beschäftigt hat.

Die Hauptfrage des Unternehmertums ist bekanntlich schon seit geraumer Zeit, wie man am besten die Löhne nach dem Kräfte wieder herunterdrücken kann. Offenbar hat man über Lohnabbau in Nürnberg eingehend beraten; denn man hat zunächst beschlossen, Lohnstatistiken aufzunehmen. Ferner soll den Unternehmer-Arbeits-

nachweisen liebevolle Pflege zuteil werden; man will sie um keinen Preis bei der geteilichen Regelung der Arbeitsvermittlung opfern. Im Mittelpunkt der Tagung steht das Referat des Syndikus Dr. Lenzler über die Zukunftsfragen der Arbeiter. Lenzler fand einen Gegenschlag zwischen der politischen Demokratie und dem Staatssozialismus und andererseits zwischen dem Staatssozialismus und dem Reichmannschen Programm „freie Bahn dem Lichtigen“. Dieses Wort wird wohl von den Unternehmern nur nach Michailis' Art verstanden: „so wie ich sie auffasse“. Lenzler bemerkt nämlich dieses Wort als Hauptwand, um jede Monopolforderung zu bekämpfen. Jedenfalls rüßtet sich das Unternehmertum zu großem Kampf auf wirtschaftlichem Gebiet und entschuldigt schon im voraus seine Kampfart mit den angeblichen sozialen „Überforderungen“ der Gewerkschaften.

### Kriegsgefangene als Arbeiter und die besondere Gemeinde-Gewerbesteuer.

Für Orte mit größeren Betrieben ist eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts von Bedeutung.

In Gelsenkirchen, wie in vielen anderen Industrieorten, wird für größere Betriebe für die Berechnung der besonderen Gemeindegewerbesteuer die Kopfzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten mit berücksichtigt. Die Steuerordnung für Gelsenkirchen schreibt vor, daß bei Beschäftigung von mehr als 10 Arbeitern und Angestellten von einem bestimmten Lohnsatz an 30 M. auf den Kopf berechnet werden. Der Oberbürgermeister von Gelsenkirchen hatte auf Grund der Steuerordnung die Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb Rhönung zu Höhe für das Jahr 1916 mit 56 046 M. zur besonderen Gemeindegewerbesteuer herangezogen, worin als sogenannte Kopfsteuer für 108 beschäftigte Kriegsgefangene 3240 M. enthalten waren. Auf die Klage der Aktiengesellschaft ermächtigte der Bergamtsausschuß die Steuer um diesen für die Kriegsgefangenen eingeleiteten Betrag, indem er die Steuer auf 52 806 M. herabsetzte.

Das Oberverwaltungsgericht bestätigte das Urteil mit folgender Begründung: Der Senat gehe davon aus, daß unter Arbeitern im Sinne der Steuerordnung nur solche Personen zu verstehen seien, die Arbeiter im Sinne der Gewerbeordnung seien. Das seien Personen, die auf Grund eines freien Arbeitsvertrages im Betrieb beschäftigt würden. Gefangene, welche der Verwaltung zur Beschäftigung überwiesen seien, fielen darunter aber nicht. Sie seien darum nicht mitzuzählen. Dies würde nur dann möglich sein, wenn die Steuerordnung ausdrücklich bestimmen würde, daß auch andere Personen als freie Arbeiter mitzuzählen wären.

## Industrie und Handel.

### Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Anläßlich der Einbringung von 5 Millionen Reich junger Aktien an der hiesigen Börse teilt die „Firma Kupfer- und Messingwerke A.-G.“ — jetziges Gesamtkapital 15 Mill. Reich — in ihrem Prospekt mit:

Das gesamte Areal von Messingwerk bei Oberswalde umfaßt 375 Hektar 80 Ar 60 Quadratmeter, wovon etwa 218 Hektar 78 Ar 45 Quadratmeter auf den eigenen Eisenerzbergbau entfallen. In Messingwerk werden fast alle Metallarbeiten — vorzugsweise Kupfer und dessen Legierungen — zu Blechen, Röhren, Stangen, Drähten und Pfeilspitzen verarbeitet. Zur Herstellung der Rohstoffe sind umfassende Gießereierrichtungen, Walzenstrahlen, Ziehwerke, hydraulische Pressen, Spindelpressen, Stanzwerke usw. vorhanden und außerdem eine eigene Ziegelfabrik zur Herstellung von Graphit-Asbestziegeln. — Das Kupferwerk bei Zienburg am Harz ist auf einem 16 Hektar 87 Ar 9 Quadratmeter großen Terrain errichtet, auf welchem sich außer den Fabrikanlagen Wohnhäuser für Beamte befinden. Das Kupferwerk besitzt große Wäldchen und Wäremeherde sowie Wäldereinrichtungen, hydraulische Pressen, Pänderreherren, Sämelbetriebe sowohl für hüttenmännische als auch für elektrotechnische Raffination. In dem Werk werden hauptsächlich Platten, Fleche, Stangen und Böden aus Kupfer und Messing gewalzt, geschmiedet und gepreßt und Kupfer sowohl hüttenmännisch als auch elektrotechnisch raffiniert. Die beiden Werke beschäftigen zurzeit etwa 4500 Beamte und Arbeiter. Das Grundkapital der Gesellschaft, das ursprünglich 7 000 000 M. betrug, wurde im Jahre 1907 um 1 000 000 M. und im Jahre 1911 um weitere 2 000 000 M. erhöht. Die außerordentliche Generalversammlung vom 19. Dezember 1916 beschloß zum Zweck der Verhütung der Betriebsmittel der Gesellschaft, die insbesondere durch die Beteiligung an den im Jahre 1916 gegründeten Baherischen Hüttenwerk Fritz Reumeyer Aktien-gesellschaft, Nürnberg, und Kurischische Braunkohlen-Gas- und Kraft-Gesellschaft m. b. H., Berlin, notwendig geworden ist, das Aktienkapital um weitere 3 000 000 M. auf 13 000 000 M. zu erhöhen.

Neue französische Kriegsanleihe. Die französische Regierung beschließt eine vierprozentige Kriegsanleihe zum Zeichnungsstills von 88,5 herauszubringen. Die Wähl dieses Dupus dürfte nicht schlecht sein, gibt aber Anlaß, das Sinken des französischen Staatskredits festzuhalten. Die ersten beiden französischen Kriegsanleihen wurden bei einer fünfprozentigen Verzinsung zu 85 Proz. aufgelegt. Die Rentabilität der dritten Kriegsanleihe ist also ungefähr so groß wie die der beiden ersten. Aber was wichtiger ist: vor dem Kriege bekam der französische Staat Geld zu 8 Proz. und, als er bei einem Aufgebotskurs von 91 Proz. zu einer 3,5prozentigen Verzinsung überging, so galt das schon als Senkung.

Verantwortlich für Inhalt: Erich Reimer, Berlin; für den Abdruck Teil des Blattes: Alfred Scholz, Reutlingen; für Inserate: H. Giese, Berlin; Druck u. Verlag: Hermann Sudendorf, Berlin SW, Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.

Dieser 1. Heft und Unterhaltungsblatt.

# Schwarz auf Weiß

lesen Sie fast täglich die Mahnung, sparsam zu sein in 3. ren Anschaffungen. Immer dringender wird daher die Folgerung:

„Wenig kaufen, — aber das Wenige richtig!“



Rönigstr. 33 Chausseestr. 113  
Im Bahnhof Sigmundplatz Beim Ostmer Markt

Contingents geschlossen.